

MUSEVENIS UGANDA: DIE MACHT IM DAUERABONNEMENT?

Peter Girke / Mathias Kamp

Am 18. Februar 2011 fanden in Uganda Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt – die zweiten Wahlen im noch jungen, erst 2005 eingeführten demokratischen Mehrparteiensystem. Yoweri Museveni, seit 1986 ununterbrochen an der Macht, wurde mit einer Zweidrittelmehrheit für weitere fünf Jahre im Präsidentenamt bestätigt und kann damit seine Amtszeit auf insgesamt 30 Jahre ausweiten. Auch im Parlament ergibt sich eine komfortable Mehrheit für Musevenis Regierungspartei NRM (National Resistance Movement) weit jenseits der Zweidrittelmarke.

Die Wahlen verliefen weitgehend ruhig und friedlich, von punktuellen Ausschreitungen und Disputen abgesehen. Wahlbeobachter wiesen jedoch auf signifikante Probleme und Unregelmäßigkeiten im Wahlverlauf sowie auf allgemein ungleiche Wettbewerbsbedingungen im Wahlkampf hin. Die Opposition klagte über Stimmenkauf, Einschüchterung und Manipulationen bei der Stimmenausszählung und verweigerte die Anerkennung der Wahlergebnisse. Zu massiven Protesten kam es in den Wochen nach den Wahlen jedoch nicht.

Das NRM und Museveni konnten ihre Machtbasis festigen und ihre überwältigende Dominanz im politischen Betrieb des Landes bestätigen. Die Oppositionsparteien dagegen gehen geschwächt aus den Wahlen hervor und werden in der kommenden Legislaturperiode wohl primär mit sich selbst beschäftigt sein, um zu neuer Stärke zu gelangen, zumal sie über die üblichen demokratischen Institutionen und Verfahren kaum politische Einflussmöglichkeiten haben werden. Für die demokratische Entwicklung des Landes bedeuten Verlauf und Ergebnis der Wahlen einen



Peter Girke ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung und seit 2007 zuständig für Uganda und den (Süd-)Sudan.



Mathias Kamp ist Politikwissenschaftler und als Project Officer im Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Uganda tätig.

weitgehenden Stillstand. Von einem ausgeglichenen demokratischen Pluralismus basierend auf fairem Wettbewerb bleibt Uganda noch entfernt.

AUSGANG DER WAHLEN

Nach den offiziellen Statistiken der ugandischen Wahlkommission konnte Amtsinhaber Museveni 68,38 Prozent der über acht Millionen Stimmen für sich gewinnen und ist damit klarer Sieger der Präsidentschaftswahlen. Sein stärkster Konkurrent, Kizza Besigye, der für die Oppositionsplattform Inter-Party Cooperation (IPC) antrat, kam auf insgesamt 26 Prozent der Stimmen. Abgeschlagen an dritter Stelle liegt Norbert Mao (Democratic Party, DP), gefolgt von Olara Otunnu (Uganda People's Congress, UPC). Beide erhielten weniger als zwei Prozent der Stimmen, während weitere vier Präsidentschaftskandidaten unter der Ein-Prozent-Marke blieben.

Tabelle 1

Ergebnisse der Präsidentschaftswahl

Kandidat	Partei	Stimmen	Anteil in %
Yoweri K. Museveni	National Resistance Movement (NRM)	5.428.369	68,38
Kizza Besigye	Inter-Party Cooperation (IPC) / Forum for Democratic Change (FDC)	2.064.963	26,01
Norbert Mao	Democratic Party (DP)	147.917	1,86
Olara Otunnu	Uganda People's Congress (UPC)	125.059	1,58
Beti Kamya	Uganda Federal Alliance (UFA)	52.782	0,66
Abed Bwanika	People's Development Party (PDP)	51.108	0,65
Jaberi Bidandi Ssali	People's Progressive Party	34.688	0,44
Samuel Lubega	unabhängig	32.716	0,41

Quelle: Electoral Commission of Uganda, Stand: 15.03.2011.

Auch im Parlament ergibt sich erneut eine überwältigende Mehrheit für das NRM. 167 Sitze für direkt gewählte Abgeordnete aus den Wahlkreisen sowie zusätzliche 83 Sitze für Frauenvertreter, die auf Distriktebene ebenfalls direkt gewählt werden, entfallen auf das NRM. Das Forum for Democratic Change (FDC) konnte sich insgesamt lediglich 34 Sitze sichern. Damit ist die Gruppe der unabhängigen

Kandidaten (43 Sitze), von denen die meisten als NRM-nah eingestuft werden können, größer als die Fraktion der stärksten Oppositionspartei. Die DP stellt zwölf der direkt gewählten Volksvertreter, der UPC errang neun Sitze. Die Conservative Party (CP) und das Justice Forum (JEEMA) sicherten sich jeweils einen Parlamentssitz. Hinzu kommen 15 Vertreter der Jugend, Arbeiter und Menschen mit Behinderung, die bis auf zwei Unabhängige allesamt dem NRM angehören, sowie zehn Vertreter des Militärs.

Tabelle 2

Verteilung der Parlamentssitze

	Direkt gewählte Abgeordnete aus den Wahlkreisen	Direkt gewählte Frauenvertreter aus den Distrikten	Vertreter der „Special Interest Groups“ ¹	Gesamt
NRM	167	83	13	263
FDC	22	12	0	34
DP	11	1	0	12
UPC	7	3	0	10
CP	1	0	0	1
JEEMA	1	0	0	1
Unabhängig	29	12	2	43
Militär	—	—	—	10
Gesamt	238	111	15	374

Quelle: Electoral Commission of Uganda, Stand: 18. März 2011.²

ABLAUF DER WAHLEN

Die Wahlen liefen in der Gesamtschau relativ geordnet und vor allem friedlicher ab als alle vorherigen Urnengänge in Uganda. Zwar wurde auch diesmal am Wahltag von einzelnen Fällen gewaltsamer Auseinandersetzungen auf lokaler Ebene berichtet, zu einer flächendeckenden Eskalation kam es jedoch nicht. In ersten Stellungnahmen äußerten sich internationale Beobachter teilweise positiv zum Verlauf der Wahlen, der zur weiteren Konsolidierung

- 1 | Vertreter der „Special Interest Groups“ werden z.B. für die Belange der Jugend, Arbeiter oder Menschen mit Behinderung gewählt.
- 2 | Einige Sitze sind in der Statistik noch nicht aufgeführt, die Gesamtzahl kann sich daher noch erhöhen.

demokratischer Prozesse nicht nur in Uganda, sondern auch in der Region beitrage, so beispielsweise die Hohe Repräsentantin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton.³ Betont wird vor allem der weitgehend friedliche Verlauf sowie eine Verbesserung der technischen Bedingungen gegenüber den letzten Wahlen im Jahr 2006. Eine unabhängige Wahlbeobachtungsmission der EU stellte jedoch in ihren vorläufigen Schlussfolgerungen unter anderem fest, dass der Amtsbonus in einem Maße ausgenutzt worden sei, dass faire Voraussetzungen (*level playing field*) ernstlich beeinträchtigt gewesen seien. Verschiedene Wahlbeobachter wiesen auf logistische und organisatorische Schwierigkeiten und einige Unregelmäßigkeiten hin. Dazu zählen Verzögerungen in der Lieferung von Wahlmaterialien und die verspätete Öffnung von Wahlstationen, inkonsequente Anwendung der Regeln und Prozeduren seitens zum Teil unzureichend ausgebildeter Wahlhelfer und in Einzelfällen auch gravierende Verstöße gegen internationale Standards wie die Nutzung nicht versiegelter Wahlurnen.⁴

Die ugandische Wahlkommission hatte die verpflichtende Nutzung von Wählerausweisen verworfen und die Identifikation über Wählerlisten für hinreichend erklärt. Die Opposition kritisierte dies scharf.

Bereits im Vorfeld hatte es Kritik an der Wählerregistrierung und dem Verfahren zur Erstellung der Wählerlisten gegeben. Die ugandische Wahlkommission hatte die verpflichtende Nutzung von Wählerausweisen verworfen und die Identifikation über Wählerlisten für hinreichend erklärt. Dieses Vorgehen wurde vor allem von Seiten der Opposition scharf kritisiert, mit dem Argument, dass es Manipulationen erleichtern würde. In der Tat wurde aus verschiedenen Wahlkreisen von Einzelfällen berichtet, in denen Wählernamen nicht in den Listen auffindbar waren, obwohl die betroffenen Personen zum Teil sogar Wählerausweise vorlegen konnten.

Bemerkenswert ist die vergleichsweise niedrige Wahlbeteiligung. Hatten bei den letzten Wahlen noch knapp 70 Prozent der registrierten Wähler ihre Stimme abgegeben, so sank die diesjährige Beteiligung auf unter 60 Prozent. Diese niedrige Quote überraschte viele Beobachter, zumal

3 | Vgl. Presseerklärung der EU, 20.02.2011.

4 | Vgl. Vorläufiger Bericht der EU-Wahlbeobachtermission, 20.02.2011.

die im Januar durchgeführte Umfrage des *Afrobarometer* ergeben hatte, dass 85 Prozent der Befragten beabsichtigten, wählen zu gehen.

Experten sehen verschiedene Faktoren, die zu einer solch niedrigen Wahlbeteiligung führten. So seien viele Wähler durch die massive Präsenz des Militärs und anderer Sicherheitsorgane eingeschüchtert gewesen und aus Angst der Wahl ferngeblieben. Ein anderer Grund sei die schlechte Organisation der Wahlen. Viele Wahlberechtigte hätten ihre Stimme letztlich nicht abgeben können, da ihre Namen im Wählerregister fehlten. Vor allem Neuwähler seien inkonsequent und mitunter willkürlich den vielen Wahlstationen zugeordnet worden. Dadurch seien viele von ihnen an den falschen Stationen erschienen und dort zurückgewiesen worden.

Gründe für die niedrige Wahlbeteiligung waren laut Experten u.a. die Einschüchterung durch massive Militärpräsenz und die schlechte Organisation der Wahlen.

Andere Stimmen betonen dagegen die weit verbreitete Apathie in der Bevölkerung und das sinkende Vertrauen in demokratische Institutionen. Enttäuschungen über die in der Vergangenheit gewählten Volksvertreter und die Erfahrungen mit Manipulationen bei den vergangenen Wahlen hätten viele Bürger zu der Ansicht geführt, dass ihre Stimmabgabe letztlich ohnehin keinen Einfluss auf den Ausgang der Wahl und die politischen Geschicke des Landes habe. Offenbar blieben vor allem enttäuschte Oppositionsanhänger aus Mangel an Vertrauen in ihre Kandidaten und wegen allgemein als gering eingeschätzter Erfolgsaussichten der Wahl fern. Dies weist auch auf ein Versagen der Oppositionsparteien in der Überzeugungsarbeit und effektiven Mobilisierung ihrer Wähler hin.

DIE (KAUM) ÜBERRASCHENDE STÄRKE MUSEVENIS UND DES NRM

Präsident Museveni und das NRM gehen gestärkt aus den Wahlen hervor. Hatte Museveni bei den vorherigen Wahlen stetig an Stimmen verloren, so konnte er nun wieder an Unterstützung gewinnen und sich eine komfortable Zweidrittelmehrheit sichern. Das NRM und Präsident Museveni stellen nun seit 1986 ununterbrochen die Regierung. Das NRM zementierte seine Macht unter dem so genannten Movement-System, das direktdemokratische Elemente

aufwies, demokratischen Parteienwettbewerb jedoch untersagte. Im Jahr 2005 wurde per Volksabstimmung die Wiedereinführung eines Mehrparteiensystems beschlossen.

In der Mehrheit der Wahlkreise konnten sich NRM-Kandidaten das Mandat sichern, in einigen davon sogar ohne oppositionellen Gegenkandidaten.

Die Dominanz des NRM zeigt sich auch bei den Parlamentswahlen, denn in der überwältigenden Mehrheit der Wahlkreise konnten sich NRM-Kandidaten das Mandat sichern – in einigen davon ohne nennenswerte Konkurrenz seitens der Opposition oder sogar gänzlich ohne oppositionellen Gegenkandidaten. Allerdings führten interne Konkurrenzkämpfe zwischen NRM-Politikern in manchen Wahlkreisen dazu, dass bei der Nominierung unterlegene NRM-Aspiranten als unabhängige Kandidaten antraten. Zu den Verlierern auf NRM-Seite zählen 19 Minister und Staatsminister des alten Kabinetts, die den direkten Wiedereinzug ins Parlament verpassten, darunter unter anderem der Innenminister sowie die Minister für Landwirtschaft, Bildung und Kommunikation.

Noch wenige Monate vor den Wahlen hätten wohl nur Optimisten innerhalb des NRM einen solch eindeutigen Sieg vorherzusagen gewagt. Viele Beobachter erwarteten stattdessen eine Fortsetzung des Trends zur Schwächung der NRM-Mehrheit. Zwischen 1995 und 2006 waren die Stimmen für Museveni von 75 auf 59 Prozent gesunken. Spätestens mit Beginn der Wahlkampfphase wurde jedoch die überwältigende Dominanz von NRM-Kandidat Museveni spürbar. Zudem prognostizierten glaubwürdige Umfragen im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen eine Zweidrittelmehrheit für Museveni.

Als überraschend ist das regionale Wahlverhalten zu bewerten. Erstmals gelang es Museveni und dem NRM, in nahezu allen Regionen eine klare Mehrheit der Stimmen zu erhalten, selbst in den eigentlich als Oppositionshochburgen geltenden nördlichen Distrikten sowie der Zentralregion um Kampala (Königreich Buganda). Sogar in der Hauptstadt Kampala, aufgrund der aufgeklärten und kritischeren Stadtbevölkerung eigentlich die Oppositionshochburg schlechthin, kam es zu einem Patt-Ergebnis zwischen Museveni und IPC-Kandidat Besigye. Beide erhielten ca. 46 Prozent der Stimmen.

Für die ugandische Opposition ist das Wahlergebnis eine herbe Niederlage. Musevenis stärkster Herausforderer Besigye, der nun zum dritten Mal erfolglos gegen Museveni antrat, liegt mit nur 26 Prozent der Stimmen weit hinter seinem respektablen Ergebnis von 2006 (37 Prozent). Seine Partei, das Forum for Democratic Change (FDC), hatte sich für die Wahlen 2011 mit drei kleinen Parteien zum Oppositionsbündnis der Inter-Party Cooperation zusammengeschlossen, das Besigye zum gemeinsamen Kandidaten kürte.

Als enttäuschend ist auch das Abschneiden der beiden Traditionsparteien Democratic Party und Uganda People's Congress zu bewerten. Beiden Parteien war es gelungen, zwei prominente und vielversprechende Kandidaten an die Spitze ihrer Kampagnen zu stellen. Die DP hatte in einem Schritt der Verjüngung der Parteispitze den wortgewandten Norbert Mao als Kandidaten nominiert, der als Lokalpolitiker im nordugandischen Gulu als Manager des Wiederaufbaus nach dem langen Konflikt mit der Lord's Resistance Army (LRA) große Anerkennung und Popularität gewonnen hatte. Für die UPC trat Olara Otunnu an, ein erfahrener Diplomat und ehemaliger Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen. Beide jedoch konnten ihren Parteien zu keinem großen Aufschwung verhelfen und sorgten mit jeweils unter zwei Prozent der Stimmen für katastrophale Wahlergebnisse.

REAKTIONEN: ABLEHNUNG DER ERGEBNISSE – ABER KEINE MASSIVEN PROTESTE

In ersten Reaktionen machten die Oppositionsparteien Manipulationen durch die Regierungspartei für ihr schlechtes Abschneiden verantwortlich. Bis auf Beti Kamywa von der Uganda Federal Alliance akzeptierte keiner der Oppositionskandidaten das Ergebnis. In frühen Statements gegenüber der Presse unmittelbar nach den Wahlen sowie nach Verkündung der Ergebnisse erklärten Besigye und die Führung der IPC, dass sie das Wahlergebnis aufgrund der beobachteten „massiven Einflussnahme und Manipulation durch Musevenis Unterstützer“ nicht anerkennen. Als vermeintliche Beweise für Wahlfälschungen präsentierte Besigye auf einer Pressekonfe-

Die Oppositionsparteien machten Manipulationen für ihr schlechtes Abschneiden verantwortlich. Bis auf Beti Kamywa akzeptierte keiner der Herausforderer Musevenis das Ergebnis.

renz einen Stapel Stimmzettel mit Kreuzen für Museveni. Diese „vorgefertigten Stimmzettel zur Wahlmanipulation“ seien von IPC-Wahlbeobachtern sichergestellt worden und stellten nur „die Spitze des Eisberges“ dar, so Besigye.⁵ Man werde sich jedoch nicht wie in den Vorjahren an die Justiz wenden, da diese nicht unabhängig sei. Besigye hatte bereits im Wahlkampf verkündet, dass man im Falle von Wahlfälschungen dem „Willen des Volkes“ auf „anderen Wegen“ Geltung verschaffen würde, und hatte dabei auch auf die Proteste in Tunesien und Ägypten verwiesen.

Die Alarmbereitschaft und Präsenz der Sicherheitskräfte blieb entsprechend noch einige Zeit nach den Wahlen hoch. Museveni hatte bereits im Vorfeld der Wahlen angekündigt, man werde keine „illegalen“ Proteste dulden und Unruhestifter unmittelbar inhaftieren. Es erschien allerdings von Beginn an eher unwahrscheinlich, dass sich größere Menschenmengen zu Protesten bewegen lassen würden. Zu groß scheint auf der einen Seite die Zustimmung zu Museveni und auf der anderen Seite die Furcht vor Gewalt und Instabilität im Land zu sein. Entsprechend stießen vereinzelte Aufrufe zu Protestaktionen aus den Reihen der Opposition – denen sich Besigye und Mao nicht anschlossen – auf relativ geringe Resonanz.

In einer gemeinsamen Erklärung riefen die prominentesten Vertreter der Opposition, unter ihnen Besigye und Mao, anstelle konkreter Protestaktionen zu einer „langfristigen Kampagne des Widerstands und zivilen Ungehorsams“ auf, ohne jedoch darzulegen, wie sich diese gestalten solle. Bereits einen Monat nach den Wahlen waren die Proteststimmen weitgehend verhallt. Die Oppositionsparteien scheinen zunächst primär mit sich selbst, mit der Analyse des herben Wahlverlustes und dessen Konsequenzen für die zukünftige Oppositionsarbeit beschäftigt zu sein.

Bereits einen Monat nach den Wahlen waren Proteste weitgehend verhallt. Die Oppositionsparteien scheinen mit der Analyse des herben Wahlverlustes beschäftigt zu sein.

DER WAHLKAMPF – „FRIEDLICH, ABER NICHT FAIR“

Der Wahlkampf, der für die Präsidentschaftskandidaten offiziell am 18. Oktober 2010 und für die Parlamentskandidaten am 16. Dezember begann, fand in einem durchaus offenen

5 | Vgl. IPC-Presseerklärung vom 19.02.2011.

Umfeld statt, in dem die Meinungs- und Versammlungsfreiheit weitgehend respektiert wurde. Alle Parteien hielten im gesamten Land Wahlkampfveranstaltungen ab. Radio, Zeitungen und Fernsehen waren dominiert vom Thema der Wahlen, Poster der verschiedenen Kandidaten wurden überall angebracht, und Lastwagen mit Lautsprechern verkündeten die Botschaften der Politiker. Die politische Rhetorik war im Vergleich zu vorhergehenden Wahlen ausgewogener und insgesamt weniger aggressiv. Dass sich die Präsidentschaftskandidaten an den von der Wahlkommission vorgegebenen Ablaufplan hielten, trug ebenso zum verhältnismäßig ruhigen Ablauf der Wahlkampfphase bei wie ein insgesamt verbessertes Polizeiverhalten. Nichtsdestotrotz kam es auch diesmal wieder zu zweifelhaften Verhaftungen von Oppositionspolitikern sowie NGO- und Parteiaktivisten.

Die politische Rhetorik war im Vergleich zu vorhergehenden Wahlen ausgewogener und weniger aggressiv. Die Kandidaten hielten sich an den von der Wahlkommission vorgegebenen Ablaufplan.

Im Wahlkampf war ein leichter Trend hin zu einem stärkeren thematischen Fokus und weg von trivialen, personenbezogenen Schwerpunkten erkennbar, der sowohl von den Parteien aufgegriffen als auch von der Bevölkerung eingefordert wurde. Diese Entwicklung beruht also durchaus auf einer „Nachfrageorientierung“ seitens der Parteien und ist Ausdruck von verstärkten Bemühungen der Wahlkommission und (vor allem) von Nichtregierungsorganisationen im Bereich der politischen Bildung. Dennoch muss festgehalten werden, dass die Inhalte im Wahlkampf insgesamt wenig Tiefe zeigten und zumeist unrealistische Wahlversprechungen ohne finanzielle Gegenrechnungen gemacht wurden.

Viele Diskussionen drehten sich um die Ansätze der Parteien und ihrer Kandidaten zur Bewältigung der Probleme in zentralen Politikfeldern wie Gesundheit, Bildung und Wirtschaft. Weitere nationale Themen waren die Korruptionsbekämpfung, die Entwicklung des Landwirtschaftssektors, die Verbesserung der Infrastruktur (vor allem der Straßen) sowie Frieden und Stabilität. Insgesamt war die Bandbreite der Themen groß, allerdings zeigte sich bei allen Parteien und Kandidaten eine gewisse Beliebigkeit und Profillosigkeit.

Im Zentrum stand auf beiden Seiten die Frage nach der Notwendigkeit eines Wandels. Das NRM und Museveni verwiesen auf das Erreichte, versprachen eine Fortsetzung der bisherigen Politik, die dem Land Frieden und Stabilität gebracht habe, und warnten davor, dass das Land auch nach 25 Jahren an der Macht noch nicht so weit sei, einen Regierungswechsel zu verkraften. „Wohlfahrt für Alle“ blieb in diesem Zusammenhang eine der wichtigsten Botschaften. Die Oppositionsparteien und -kandidaten hingegen betonten die Notwendigkeit eines „fundamentalen Wandels“ in allen Bereichen. Dabei wurde vor allem auf das „Versagen“ der Regierung in diversen Politikbereichen, vor allem in der Gewährleistung öffentlicher Dienstleistungen, sowie auf das Problem der wachsenden Korruption verwiesen.

Der thematische Fokus geriet zum Teil in den Schatten der Debatte um die Organisation und Durchführung des Wahlkampfes und der Wahlen. Der Forderung nach Wahlgesetzgebungsreformen, wie sie von der Opposition und auch beispielsweise der EU und den USA erhoben wurde, kam die Regierung nicht nach. Die Opposition hatte sich bereits weit im Vorfeld darüber beschwert, dass weder Freiheit noch Fairness gewährleistet seien. Zudem brachte sie ihr Misstrauen gegenüber der von Museveni berufenen und als nicht unabhängig kritisierten Wahlkommission zum Ausdruck. Letztlich wurden die Wahlen von einer Wahlkommission organisiert, die nicht das Vertrauen aller Akteure genoss.

FAIRNESS DER WETTBEWERBSBEDINGUNGEN

Trotz der Gewährleistung eines weitgehend friedlichen politischen Wettbewerbs war der Wahlkampf von der überwältigenden Dominanz des regierenden NRM charakterisiert. Alles in allem führten der Amtsbonus, die finanzielle Übermacht des NRM, die Unausgewogenheit der Berichterstattung und die von vielen Beobachtern kritisierte Verschmelzung von Staatsapparat und NRM als Partei zu allgemein unfairen Wettbewerbsbedingungen. Dadurch wurden die Erfolgsaussichten der Oppositionsparteien deutlich eingeschränkt, zumal es sich hierbei um langfristige Tendenzen handelte und nicht nur um Momentaufnahmen in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit den Wahlen.

Zwar investierten auch die Oppositionsparteien in aufwändige landesweite Kampagnen und konnten ihre Wahlkampfveranstaltungen größtenteils ohne signifikante Behinderungen seitens staatlicher Einrichtungen oder der Sicherheitskräfte abhalten. Allerdings schöpfte das NRM seinen strategischen Vorteil als Regierungspartei in effektiver Weise aus. So stand dem amtierenden Präsidenten Museveni in seinem Wahlkampf staatliche Infrastruktur zur Verfügung, von der er laut Kritikern übermäßig Gebrauch machte. Zudem war die finanzielle Übermacht des NRM unübersehbar. Am schwersten wiegt der Vorwurf, man habe sich für die teure Wahlkampagne aus dem kurz vor den Wahlen verabschiedeten und kontroversen Nachtragshaushalt bedient, weswegen der ugandische Staat nach Medienberichten, die sich auf Aussagen aus dem Finanzministerium berufen, nach den Wahlen „der Pleite ins Auge“ blicke.⁶

Der Wahlkampf war der teuerste in der Geschichte Ugandas. Es entstand das geflügelte Wort, dass die Wahlen dieses Jahr *at all cost* (kostete es was es wolle) gewonnen werden sollten – im Gegensatz zu den vorherigen Wahlen, die *at all means* (mit allen Mitteln) gewonnen worden seien. Es wurde vor allem das Problem der intransparenten Wahlkampffinanzierung sowie der Parteienfinanzierung insgesamt deutlich. Kritische Stimmen, darunter die Wahlbeobachtermissionen der Europäischen Union und des Commonwealth, monieren zudem, dass noch am Wahltag „insbesondere seitens der Regierungspartei“

Die EU-Beobachtermission kritisierte, viele NRM-Kandidaten hätten Förderprogramme der Regierung als Druckmittel benutzt.

Geldgeschenke zur Wählerbestechung gemacht wurden. Hier ist ein allgemeiner Trend der „Kommerzialisierung der Politik“ erkennbar, der in einigen Fällen zu offensichtlichem Stimmenkauf führte.⁷ Zudem kritisierte die EU-Beobachtermission, viele NRM-Kandidaten hätten Förderprogramme der Regierung (z.B. zur Strukturanpassung und landwirtschaftlichen Entwicklung) als Druckmittel benutzt. Man könne nur dann von Projektmitteln im Rahmen der Programme profitieren, wenn man das NRM unterstütze, so das Argument der Kandidaten.

6 | Vgl. u.a. „Election Funding: Uganda is broke, says Bbumba as tough times loom“, in: *The East African*, 14.02.2011.

7 | Vgl. vorläufige Berichte der EU-Wahlbeobachtermission und der Commonwealth-Beobachtergruppe vom 20.02.2011.

Musevenis Regime galt lange als Erfolgsmodell im afrikanischen Kontext, vor allem weil es gelang, nach Jahren von Krieg und Chaos langfristig Stabilität und Frieden herzustellen und die wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen. Mit der Zeit wuchs jedoch die Skepsis, vor allem in Anbetracht des laut Kritikern zunehmend autoritären Führungsstils und der wachsenden Patronage und Korruption im Land. Im Wahlkampf wurde zudem deutlich, dass auch sechs Jahre nach Abschaffung des Movement-Systems und der Einführung der Mehrparteiendemokratie die Trennung zwischen den staatlichen Strukturen und der ehemaligen „Staatspartei“ NRM noch nicht vollständig vollzogen wurde. So stellte die Wahlbeobachtungsmission der EU fest, dass gerade auf lokaler Ebene Staatsbeamte, die eigentlich der Neutralität verpflichtet sind, offen für das NRM Partei ergriffen und dessen Wahlkampagne unterstützten – darunter auch mächtige, vom Präsidenten eingesetzte Distriktbeauftragte und Sicherheitskräfte.

ROLLE DER MEDIEN

Die Wahlkampfphase war von einer intensiven Berichterstattung in Radio und Fernsehen sowie in den Print- und elektronischen Medien geprägt. Im Vergleich zu vergangenen Wahlen stieg die Qualität der Berichte. Die Medien nahmen aktiv eine Rolle ein, in der sie nicht nur beschreibend berichteten, sondern sich beispielsweise mit Parteiprogrammen und dem Umfeld der Wahlen analytisch und teilweise durchaus kritisch auseinandersetzten. Während die Medien – von Einzelfällen abgesehen – weitgehend frei berichten konnten, war jedoch eine Begünstigung der Regierungspartei vor allem durch die staatlichen Medien erkennbar. Das NRM und Präsident Museveni genossen eine deutlich höhere Medienaufmerksamkeit und bekamen mehr Raum in der Berichterstattung.

Trotz weitgehend freier Berichterstattung war eine Begünstigung der Regierungspartei vor allem durch die staatlichen Medien erkennbar. NRM und Museveni genossen eine deutlich höhere Medienaufmerksamkeit.

Die staatlichen Medien, vor allem staatseigene Radiosender und die öffentliche Rundfunkanstalt UBC (Uganda Broadcasting Corporation), die als einzige die Kapazität hat, weitgehend landesweit zu senden, seien ihrer (verfassungs-) rechtlichen Verpflichtung zur Gleichbehandlung aller Kandidaten nicht nachgekommen, so die Kritik der

EU-Beobachter. Beispielsweise berichtete UBC-TV fast 14 Stunden über Museveni und das NRM und nicht einmal eine Stunde über den Hauptherausforderer Besigye und die vier ihn unterstützenden Parteien. Zudem habe sich mit dem Näherrücken der Wahlen auch der Ton bezüglich der Oppositionsparteien ins überwiegend Negative gewendet.⁸

Selbst der Medienrat, der für die Kontrolle der Medienlandschaft verantwortlich ist und nicht im Verdacht steht, regierungsfeindlich zu sein, warnte private wie öffentliche Medienhäuser davor, den verschiedenen Kandidaten nicht gleichen Zugang zu gewähren, und erinnerte Radiostationen daran, dass ihre Übertragungen „öffentliches Gut“ seien.

Als bedenklich wird – vor allem auf lokaler Ebene – von Kritikern der Trend zur Selbstzensur bewertet, durch die einzelne Journalisten oder die Medienhäuser mögliche Auseinandersetzungen mit staatlichen Akteuren zu vermeiden hoffen. Dies schlug sich während der Wahlkampfzeit unter anderem darin nieder, dass es oft nur zurückhaltend kritische Berichterstattung zur Bewertung der Regierungsleistung gab.

ROLLE DER ZIVILGESELLSCHAFT UND DER SICHERHEITSKRÄFTE

Im Vorfeld der Wahlen hatten politische Bildung und Wähleraufklärung eine wichtige Rolle gespielt und im Gegensatz zu den Wahlen von 2006 eine Aufwertung erfahren. Dies kann auch einer insgesamt engagierten Zivilgesellschaft zugeschrieben werden, die in Form von Nichtregierungs- und Graswurzelorganisationen teilweise Bereiche von staatlichen Institutionen – vornehmlich der Wahlkommission – eingenommen hatte, zumal letztere unter nicht ausreichender finanzieller Ausstattung litt. Die Wahlkommission akkreditierte über 70 Organisationen, um Wähleraufklärung zu betreiben, und fast 40 lokale Wahlbeobachtungsmissionen, die planten, insgesamt über 10.000 Wahlbeobachter

Die Wahlkommission akkreditierte über 70 Organisationen, um Wähleraufklärung zu betreiben, und fast 40 lokale Wahlbeobachtungsmissionen, die planten, insgesamt über 10.000 Wahlbeobachter zu entsenden.

8 | Vgl. vorläufiger Bericht der EU-Wahlbeobachtermission, 20.02.2011; vgl. auch „How Media Tilted the Election for Museveni“, in: *The Independent*, 03.03.2011.

zu entsenden. Die *civic education* ging dabei über kurzfristige Wähleraufklärung hinaus und brachte kritische Themen zur Sprache. Vom NGO-Forum beispielsweise wurde das so genannte *Citizen's Manifesto* verfasst, das „Bürgerthemen“ zur Sprache bringt. Ähnliche Artikulationen gab es von anderen Interessengruppen, beispielsweise von Jugend- und Frauenorganisationen. Während diese Initiativen sicherlich dazu beigetragen haben, dass Politiker Positionen zu Themen wie Gewaltfreiheit und Wahlmanipulationen beziehen mussten, bleibt dennoch fraglich, welche Gesamtwirkung diese Zivilgesellschaftsaktivitäten angesichts von Wählerbestechung und Einschüchterungsversuchen letztendlich hatten.

Ein weiterer Kritikpunkt der Wahlbeobachter war die starke Präsenz von Sicherheitskräften am Wahltag sowie im unmittelbaren Vorfeld der Wahlen. Noch in der Wahlkampfzeit wurden neue Polizeikräfte angeworben, die entsprechende Schnellkurse durchliefen. Zu diesen neuen Kräften gehörten auch die *crime preventers* – Bürger, die in den Dörfern rekrutiert wurden und während des Wahlvorgangs die Polizei unterstützen sollten. Nach Einschätzung der EU-Mission war die Aufstellung dieser „Truppe“ auch der Versuch, Unterstützer der Opposition einzuschüchtern und gleichzeitig gerade jüngere Bevölkerungsschichten für die Regierungspartei zu gewinnen. Am Wahltag und unmittelbar davor patrouillierten massive Aufgebote von Polizei und Militär sichtbar im ganzen Land und bezogen auch an Wahlstationen Stellung. Schweres polizeiliches Ausrüstungsgerät war bereits in der Wahlkampfphase medienwirksam präsentiert worden. Während Befürworter all dies als effektive Maßnahmen zur Gewährleistung des friedlichen Ablaufes der Wahlen und zur Verhinderung von Ausschreitungen begrüßten, sehen es Kritiker als Mittel zur Einschüchterung und Beeinflussung der Wähler, deren freie Stimmangabe dadurch gefährdet sei.

Schweres polizeiliches Ausrüstungsgerät war bereits in der Wahlkampfphase medienwirksam präsentiert worden. Kritiker sehen dies als Mittel zur Einschüchterung.

STRATEGIEWECHSEL? – MUSEVENIS ERFOLGSREZEPT

Weniger Manipulation, weniger Einschüchterung – dafür mehr Geld für intensiven Wahlkampf und für Bestechungen. So fassen viele kritische Beobachter Musevenis „Strategiewechsel“ zusammen. Im Gegensatz zu den Wahlen 2006

kam es zu wesentlich weniger offenen Einschüchterungsversuchen gegenüber der Opposition. Abgesehen vom ungleichen Zugang zu Medien und Auseinandersetzungen mit einigen übereifrigen Staatsdienern auf lokaler Ebene konnten alle Oppositionskandidaten dieses Mal ungehindert ihren Wahlkampf führen.

Neben der beschriebenen „Monetarisierung“ des Wahlkampfs wird auch die Schaffung neuer Distrikte als Instrument zur Sicherstellung politischer Unterstützung seitens des NRM angesehen. Die Gewährung des Distriktstatus für immer mehr, immer kleinere Gebiete ist populär bei der örtlichen Bevölkerung, da sie zusätzliche Finanzmittel, Jobs und politische Posten mit sich bringen. Die Wahlergebnisse scheinen dies zu bestätigen: In den 52 Distrikten, die in den vergangenen zehn Jahren neu geformt wurden, gab es in nur zwei Fällen eine Mehrheit für Oppositionskandidaten, im Rest der Distrikte konnte Museveni klare Mehrheiten für sich holen.

Die Schaffung neuer Distrikte wird als Instrument zur Sicherstellung politischer Unterstützung seitens des NRM angesehen. Die Wahlergebnisse scheinen dies zu bestätigen.

Aber auch im Auftreten und in der Rhetorik Musevenis sehen Beobachter einen wichtigen Erfolgsfaktor. Der Präsident gab sich im Wahlkampf als volksnahe und integere Vaterfigur und gewährte lokalen Anliegen mehr Raum als den großen nationalen Themen, denen sich die Oppositionspolitiker schwerpunktmäßig widmeten. Während seiner unzähligen lokalen Wahlkampfveranstaltungen nahm er sich bewusst Zeit, um den Anliegen der Bevölkerung Gehör zu schenken, und versprach in vielen Fällen „schnelle und pragmatische Lösungen“. Bei Beschwerden über Korruption und unzureichende staatliche Dienstleistungen wurden „Technokraten“ und Lokalpolitiker als Verantwortliche ausgemacht. Mit Verweis auf Ugandas konfliktträchtige Geschichte warnte er zudem vor einem Machtwechsel, der zu Chaos und Krieg führen würde.

ERKLÄRUNGEN FÜR DIE SCHWÄCHE DER OPPOSITION

Das schwache Abschneiden der Oppositionsparteien lässt sich nicht allein durch die Dominanz des NRM erklären. Offensichtlich gelang es den Oppositionsparteien und ihren Präsidentschaftskandidaten nicht, sich als realistische Alternative für die Führung des Landes zu präsentieren.

IPC-Kandidat Besigye konnte nach zwei gescheiterten Anläufen sein „Verlierer-Image“ offensichtlich nicht abstreifen. Schwachpunkte der Opposition sind zudem die mangelnde Verwurzelung auf lokaler Ebene und die allgemein schwachen organisatorischen Strukturen. Es mangelt an einem lokalen Gerüst zur Mobilisierung landesweiter Unterstützung und zur Stärkung einer längerfristigen Bindung der Wählerschaft an die Parteien.

Auch die programmatische Profilierung ist nach wie vor schwach. Hier hat das NRM mit dem Standardverweis auf das bisher Erreichte und die Regierungsprogramme einen

Auf Seiten der Opposition dominiert programmatisch und rhetorisch die negative Abgrenzung zur NRM-Regierung, nicht die positive Vermarktung alternativer Politikansätze.

Vorteil. Auf Seiten der Opposition dominiert programmatisch und rhetorisch die negative Abgrenzung zur NRM-Regierung, nicht die positive Vermarktung alternativer Politikansätze. Ein besonderer Rückschlag für Besigyees FDC war der in den Medien breit diskutierte Vorwurf des Plagiarismus. Offensichtlich waren Passagen des FDC-Manifestos aus dem Wahlprogramm der britischen Conservative Party David Camerons übernommen worden.

Andrew Mwenda, einer der prominentesten kritischen Journalisten im Land, sieht zudem gravierende Fehler in der Rhetorik und Mobilisierungsstrategie vor allem bei IPC-Kandidat Besigye. Zum einen sei es nicht gelungen, die Oppositionsanhänger davon zu überzeugen, dass ein Wechsel trotz der schwierigen Umstände möglich sei. Zum anderen wurde es – in der Annahme, dass eine Grundstimmung zugunsten eines Wechsels ohnehin vorhanden sei – versäumt, die Unentschlossenen davon zu überzeugen, dass ein Wechsel überhaupt notwendig sei, so Mwenda.⁹

Womöglich hätte eine stärkere Einheit der Opposition deren Wahlchancen erhöht. Der Versuch, einen einheitlichen Oppositionsblock im Rahmen der IPC zu bilden, scheiterte jedoch am Ausscheren der beiden Traditionsparteien DP und UPC, die wohl vor allem eine zu starke Dominanz des FDC befürchteten.

9 | Andrew Mwenda, „Why Museveni won and Besigye lost and what can be done for the future“, *The Independent*, 24.02.2011.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE OPPOSITION

Die Oppositionsparteien stehen in Anbetracht der Niederlage vor einem Scherbenhaufen und scheinen in weiten Teilen in eine Art „Schockstarre“ verfallen zu sein. Auf ohnehin eher aussichtslose Protestaktionen wurde weitgehend verzichtet. Ob die Professionalität und Energie zur Analyse der Wahlen und zur Entwicklung einer Strategie zur Stärkung der Parteistrukturen vorhanden ist, bleibt zumindest fraglich. Im Moment jedenfalls deutet wenig darauf hin, dass die Opposition nach diesen Wahlen entschlossener an ihrem eigenen (Wieder-) Aufbau arbeiten wird als in den fünf Jahren nach den Wahlen von 2006. Auch wird die Frage aufkommen, ob Besigye weiterhin die starke Person innerhalb des FDC bleiben kann und will. Die beiden traditionellen Parteien DP und UPC haben möglicherweise ihre nationale Bedeutung eingebüßt. Vor allem Norbert Mao von der DP, der als charismatischer und junger Hoffnungsträger angetreten war, wird es mit diesem schwachen Mandat schwer haben, den Aufbau der DP zu betreiben und eine Lücke zu füllen, die durch einen möglichen Abtritt Besigyees in den Oppositionsreihen entstehen könnte.

Auch stellt sich die Frage, welche Rolle die geschwächte Opposition im politischen Betrieb der kommenden Legislaturperiode spielen kann und will. Im Rahmen der parlamentarischen Mitbestimmung sind die Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten aufgrund der überwältigenden Mehrheit des NRM sowie der hohen Zahl von überwiegend dem NRM nahe stehenden unabhängigen Abgeordneten gering. Entsprechend bedeutsam werden daher die Nutzung außerparlamentarischer Protest- und Einflussmöglichkeiten und die effektivere Vernetzung mit der Zivilgesellschaft. Einige Beobachter sehen einen Parlamentsboykott als die logische Konsequenz der Nicht-Akzeptanz des Wahlergebnisses. Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass die erfolgreichen Kandidaten freiwillig auf ihren hart erkämpften Parlamentssitz und die damit verbundenen Privilegien verzichten.

Beobachter sehen einen Parlamentsboykott als logische Konsequenz der Nicht-Akzeptanz des Wahlergebnisses. Es ist aber unwahrscheinlich, dass die Kandidaten freiwillig auf ihren Parlamentssitz verzichten.

Auch wenn die einzelnen Oppositionsparteien zunächst wohl primär mit sich selbst beschäftigt sein werden, wird sich früher oder später wieder die Frage nach der Bildung

einer einheitlichen Oppositionsfront stellen. Auf der einen Seite wäre dies strategisch bedeutsam, um überhaupt eine stärkere Position gegenüber der Regierungspartei entwickeln zu können. Gleichzeitig darf der Gedanke der Zusammenarbeit nicht über die zunächst vorrangige Notwendigkeit einer stärkeren Institutionalisierung der einzelnen Parteien hinwegtäuschen.

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DIE (NEUE) REGIERUNG

Die Regierung Museveni wird weiter mit komfortabler Mehrheit regieren und in der Umsetzung ihrer politischen Ziele kaum Hindernisse zu erwarten haben. Eine Herausforderung wird es jedoch bleiben, die Einheit des Landes zu gewährleisten und zum Wohl des Landes auch einen konstruktiveren Dialog mit Opposition und Zivilgesellschaft zu fördern.

Falls es zudem nicht gelingt, gravierende soziale Probleme wie Armut und Arbeitslosigkeit durch effektive Politikgestaltung in Angriff zu nehmen und die Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern, könnte die Unterstützung schnell wieder abnehmen. Auch wenn die in der Bevölkerung durchaus vorhandene Frustration über Korruption und mangelhafte Gewährleistung umfassender öffentlicher Dienstleistungen sich bisher nicht in einer stärkeren Ablehnung der Regierung niedergeschlagen hat, so ist das zukünftige Konflikt- und Protestpotential dennoch nicht zu unterschätzen.

Kritiker sehen in Musevenis Ansatz zur Politikgestaltung und zum Machterhalt eine zunehmende Tendenz der Patronage und des Klientelismus. Dies geht einher mit der Allokation staatlicher Mittel an politische Unterstützer.

Kritiker sehen in Musevenis Ansatz zur Politikgestaltung und zum Machterhalt eine zunehmende Tendenz der Patronage und des Klientelismus. Dies geht einher mit einer Strategie der selektiven und personalisierten Allokation staatlicher Mittel an bestimmte Individuen und Gruppen, um sich politische Unterstützung zu „erkaufen“. Als Folge schwindet die Fähigkeit des Staates, seiner eigentlichen Aufgabe, nämlich der allgemeinen und unpersönlichen Gewährleistung staatlicher Dienstleistungen, effektiv gerecht zu werden. Viele Experten sehen diese opportunistische, auf kurzfristigen Gewinn angelegte Strategie als Gefahr für die politische und wirtschaftliche Gestaltungsfähigkeit des Staates und befürchten den Kollaps staatlicher Leistungen

in vielen Bereichen für die unterprivilegierte Mehrheit der ugandischen Bevölkerung.

Diese Gefahr verschärft sich dadurch, dass sich die allgemeinen Kosten des öffentlichen Sektors durch aufgeblähte administrative Strukturen signifikant erhöhen, beispielsweise durch die Schaffung immer neuer Distrikte, die nicht nur durch die notwendige Allokation von Mitteln an die Distrikte eine kostspielige Angelegenheit sind, sondern auch durch die resultierende Expansion administrativer Strukturen von der lokalen bis hin zur nationalen Ebene. So werden das Parlament und möglicherweise auch das Kabinett auf Rekordgröße anwachsen. Bereits in der vergangenen Legislaturperiode umfasste das Kabinett ganze 72 Personen (trotz der in der Verfassung vorgeschriebenen Begrenzung auf 42). Aufgrund des NRM-Erfolgs in Regionen wie Norduganda und zur Belohnung politischer Loyalität könnten sogar noch mehr Posten geschaffen werden. Bereits im Jahr 2009 verfügte Uganda über die höchste Zahl dezentraler administrativer Einheiten im afrikanischen Kontext. Die Schaffung von immer mehr Einheiten und Posten schlägt sich deutlich im ohnehin überlasteten Staatshaushalt nieder.

WIRTSCHAFTSLAGE UND FINANZIELLE FOLGEN DES TEUREN WAHLKAMPFS

Kurz nach den Wahlen stellt die allgemeine finanzielle und wirtschaftliche Lage in Uganda eine besondere Herausforderung dar. Infolge des Nachtragshaushalts

sind die Staatskassen leer. Gleichzeitig steigt die Inflationsrate, in der Bevölkerung wächst die Sorge und Frustration über steigende Lebensmittel- und Benzinpreise. Finanzmi-

Die Staatskassen sind leer. Gleichzeitig steigt die Inflation, in der Bevölkerung wächst die Frustration über steigende Lebensmittel- und Benzinpreise.

nisterium und Regierung als Ganzes scheinen momentan ratlos vor den selbst geschaffenen Problemen zu stehen, während Ökonomen harte wirtschaftliche Zeiten vorhersehen. Es wird kaum möglich sein, das Finanzjahr in Anbetracht der Haushaltslage zu überstehen, ohne entweder durch die Ausgabe neuen Geldes die Inflation weiter anzukurbeln, sich massiv zu verschulden oder über radikale Einsparungen bei den Staatsausgaben die Gesamtwirtschaft zu beeinträchtigen und die Versorgung mit staatlichen Dienstleistungen weiter zu schwächen.

Freuen darf sich die NRM-Regierung auf die bevorstehenden Einnahmen aus dem Ölgeschäft. Hoffnungen, dass der Segen der Öleinnahmen schon bald bei der Bewältigung der Hauhaltskrise und der bevorstehenden wirtschaftlichen Probleme helfen könnte, dürften jedoch enttäuscht werden. Zur Ölproduktion wird es wohl frühestens im kommenden Jahr kommen, weitere Verzögerungen sind auch aufgrund einer noch unvollständigen Regierungsstrategie zur Ölförderung nicht auszuschließen. Und noch ist auch nicht abzusehen, ob der „Ölsegens“ nicht doch zum Fluch wird. Groß ist das Potential für wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung bei sinnvollem Management der Ölreserven und Einnahmen aus dem Ölgeschäft, aber groß sind auch die Risiken im Falle von Missmanagement, wie die Beispiele anderer afrikanischer Länder belegen. Eine zentrale Frage wird sein, ob die Einnahmen sinnvoll zum Wohle der Gesamtbevölkerung eingesetzt werden, oder ob sie stattdessen das von Kritikern beschriebene expandierende System der Korruption und Patronage stärken und aufrechterhalten werden.

Groß ist das Potential für wirtschaftliches Wachstum bei Einnahmen aus dem Ölgeschäft, aber auch die Risiken im Falle von Missmanagement.

Der Faktor Demografie und die kritische Rolle der Jugend
Die ugandische Bevölkerung ist im internationalen Vergleich sehr jung und wächst rapide. Laut Statistiken aus dem Jahr 2010 machen junge Menschen unter 20 Jahren bereits 60 Prozent der ugandischen Bevölkerung aus – Tendenz steigend. Laut einem Weltbankbericht verfügte Uganda bereits im Jahr 2008 nicht nur über die jüngste Bevölkerung, sondern auch über die höchste Jugendarbeitslosigkeit weltweit. Die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen zwischen 15 und 24 Jahren belief sich auf 83 Prozent. Seitdem hat sich die Lage eher verschlechtert. Jedes Jahr produziert Uganda ca. 400.000 Absolventen tertiärer Bildungseinrichtungen, nur ca. ein Viertel von ihnen findet einen Job. So entsteht eine ganze Generation gut ausgebildeter und doch perspektivloser junger Menschen. In vielen anderen Ländern – so auch in den im Umschwung befindlichen arabischen Staaten – gilt dies als ein entscheidender Faktor für Proteste und Umstürzbewegungen.

In Uganda ist dies bisher nicht zu beobachten, und das Potential für Protestbewegungen wird nach wie vor als gering eingeschätzt. Museveni gelang es im Wahlkampf trotz des Mangels an Jobs und Perspektiven, erfolgreich um Stimmen der Jugendlichen zu werben. Entscheidend waren nach Aussagen von Beobachtern die zahlreichen „Geschenke“ in Form von T-Shirts, Bargeld etc., mit denen junge Menschen zur Stimmabgabe für Museveni bewegt wurden. Zudem scheint das Interesse an Frieden, Stabilität und der von Museveni propagierten „Kontinuität“ auch bei jungen Menschen Bedeutung zu genießen, obwohl keiner der unter 25-Jährigen ein anderes Regime erlebt hat und daher keine Vergleiche mit der konflikträchtigen Vergangenheit ziehen kann.

Auf der anderen Seite gibt es viele jungen Menschen, die das Vertrauen in die Politik gänzlich verloren haben und erst gar nicht an der Wahl teilnahmen. Diese schweigende, apolitische bis apathische Masse bildet bisher keine Basis für Protestbewegungen. Mit der unter Umständen zu befürchtenden Verschärfung der Lage könnte sich dies jedoch in nicht allzu ferner Zukunft ändern.

Die schweigende Masse der jungen Nichtwähler bildet bisher keine Basis für Protestbewegungen. Das könnte sich ändern.

ENTWICKLUNGSHILFE UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG

Auch für die internationale Gemeinschaft sind wichtige Lehren aus der Wahl zu ziehen. Vor allem für die Geberländer in der Entwicklungszusammenarbeit gilt es, die Entwicklungen in Uganda weiter kritisch zu beobachten. Trotz leicht gesunkenem Entwicklungshilfeanteil am Staatshaushalt bleibt Uganda Empfänger großer Entwicklungshilfetransfers, die im Rahmen von Budgethilfe nicht projektgebunden sind, sondern direkt in den Staatshaushalt fließen. Die Verabschiedung des Nachtragshaushalts mit der Rekordsumme von 260 Millionen Dollar und der (nicht nachgewiesene) Vorwurf, man habe hieraus den Wahlkampf mitfinanziert, ließ auch die westlichen Geber aufhören, zumal sich der in dieser Form bisher nicht gekannte Mangel fiskalischer Disziplin über Verschuldung und Inflation auch auf die gesamtwirtschaftliche Lage auswirken könnte.

Beobachter sehen insgesamt ein wachsendes Selbstbewusstsein der ugandischen Regierung gegenüber den westlichen Gebern – bis hin zur demonstrativ zur Schau gestellten Gleichgültigkeit an deren Kritik. Dies ist eine relativ neue Entwicklung. Manche Experten vermuten, dass dieses Selbstbewusstsein mit den zu erwartenden Einnahmen aus dem Ölgeschäft zu tun hat, auch wenn die Produktion wohl erst in frühestens ein bis zwei Jahren beginnen wird.

Ein Schwerpunkt sollte auf der Demokratieförderung liegen. Auch Forderungen nach Reformen des Wahlrechts sowie der Parteienfinanzierung sollten wieder auf die Agenda kommen.

Neben den Modalitäten der Entwicklungshilfe sollte seitens der Geber auch über die inhaltliche Ausrichtung nachgedacht werden. Ein Schwerpunkt sollte dabei auf Positivmaßnahmen zur Demokratieförderung liegen.

Dies umschließt Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung und Stärkung demokratischer Institutionen und die Förderung wichtiger demokratischer Reformen. In diesem Zusammenhang sollten auch die wohl wieder aufkommenden Forderungen nach Reformen des Wahlrechts sowie der Parteienfinanzierung auf die Agenda kommen.

Darüber hinaus gilt es, den Bereich der politischen Bildung zur Entwicklung einer demokratischen Kultur ebenso zu unterstützen wie freie und professionelle Medien. Das Potential in der ugandischen Zivilgesellschaft, die sich im Rahmen der Wahlen 2011 stärker präsentierte als je zuvor, bietet gute Ansatzpunkte zur Begleitung des weiteren Demokratisierungsprozesses.

AUSBLICK: AUF EWIG MUSEVENI?

Die Bewertung der Wahlen 2011 in Uganda ergibt ein zwiespältiges Bild. Zum einen ist positiv hervorzuheben, dass die Wahlen weitgehend friedlich verliefen. Auf der anderen Seite deuten die Probleme und Unregelmäßigkeiten im Wahlablauf auf noch immer erheblichen Nachholbedarf in der Stärkung demokratischer Wahlverfahren hin. Die Dominanz der Regierungspartei und die Benachteiligung der Opposition in vielen Bereichen zeigen, dass nach wie vor ein signifikantes Gefälle zwischen der Verankerung formal-demokratischer Elemente und der Praxis substantieller Demokratie und offenem Wettbewerb mit fairen Voraussetzungen besteht.

Die Wahlen bestätigen im Grunde den Status quo in Uganda, nicht nur hinsichtlich des Machterhalts der Regierung Museveni, sondern auch mit Blick auf den Zustand der ugandischen Demokratie im Allgemeinen. Für das demokratische Mehrparteiensystem bedeutet die Schwächung der Oppositionsparteien womöglich sogar einen Rückschritt. Statt einer Stärkung des Pluralismus zeigt sich ein Trend zur Institutionalisierung eines dominanten Parteiensystems, in dem die Regierungspartei NRM langfristig die Oberhand behält.

Die Möglichkeiten der Kontrolle und des Ausgleichs (*checks and balances*) zwischen den Institutionen und demokratischen Kräften sind aufgrund der Schwächung der Opposition erheblich eingeschränkt. Von einer Massenprotestbewegung außerhalb der demokratischen Institutionen ist zumindest im Moment (noch) nicht auszugehen. Die klare Mehrheit des NRM im Parlament und die Dominanz der Exekutive um Museveni führen zu einer Konzentration der Macht, wodurch die Festigung und Vertiefung einer substantiellen Demokratie untergraben wird.

Interessant bleibt die Frage, inwieweit sich die Dominanz des NRM und Musevenis persönliche Macht gegenseitig bedingen. Beobachter sehen eine wachsende Relevanz – und mögliches Konfliktpotential innerhalb des NRM – in der Frage der Nachfolge Musevenis. Der Präsident selbst kündigte bereits an, er wolle 2016 wieder kandidieren. Gegenwärtig ist eine Machtübergabe oder Ablösung nicht in Sicht. So kamen bereits kurz nach den Wahlen Diskussionen innerhalb des NRM um mögliche Gesetzesvorschläge auf, darunter die Ausdehnung der Amtszeit des Präsidenten auf sieben Jahre, die Abschaffung beziehungsweise Anhebung der Altergrenze für Präsidentschaftskandidaten sowie die Abschaffung der bisher erforderlichen absoluten Mehrheit bei den Präsidentschaftswahlen zugunsten einer einfachen Mehrheit. All diese Vorschläge können als Versuche gewertet werden, bereits jetzt den Grundstein für einen weiteren Machterhalt des Präsidenten zu legen. Allerdings gibt es auch junge Akteure innerhalb des NRM, die die unangefochtene Dominanz Musevenis in Frage stellen. Spätestens in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode könnten Versuche,

Museveni selbst kündigte bereits an, er wolle 2016 wieder kandidieren. Kurz nach den Wahlen kamen Diskussionen innerhalb des NRM um die Ausdehnung der Amtszeit des Präsidenten auf sieben Jahre auf.

eine Modernisierung der Partei voranzubringen, an Bedeutung gewinnen. Dies könnte den Zusammenhalt und die innere Balance des NRM auf eine harte Probe stellen.

Fraglich bleibt, inwieweit es langfristig zu einer stärkeren Demokratisierung kommt, oder ob sich der von Kritikern beobachtete Trend zu einem zunehmend autoritären und klientelistischen Führungsstil fortsetzt. Der bevorstehende Aufstieg Ugandas zum Ölexporteur darf hier als kritischer Faktor nicht unterschätzt werden.

Die Regierung hat die Chance, in Anbetracht der klaren Mehrheit und der erwarteten Öleinnahmen eine konsequente (Reform-) Politik zur Entwicklung des Landes voranzubringen. Dazu muss aber zunächst die aktuelle Haushaltskrise gemeistert und fiskalische Disziplin und sinnvolle wirtschaftspolitische Steuerung gewährleistet werden. Die drängenden Anliegen bleiben Armutsbekämpfung und die Verbesserung staatlicher Dienstleistungen vor allem im Gesundheits- und Bildungsbereich. Gelingt es zudem nicht, die wachsende Jugendarbeitslosigkeit im Land in den Griff zu bekommen, so könnte es mit der viel gepriesenen Stabilität bald vorbei sein.

Auf Seiten der Opposition geht es um das politische Überleben. Die kommende Legislaturperiode muss zur Stärkung von Parteistrukturen, programmatischen Profilen und für die Entwicklung sinnvoller Strategien zur politischen Einflussnahme und zum Ausbau der Unterstützerbasis genutzt werden. Es geht dabei um nichts weniger als den Beweis der politischen Relevanz. Nur wenn es gelingt, den Druck auf die Regierung in Richtung demokratisch-institutioneller Reformen aufrechtzuerhalten und sich gegenüber der Bevölkerung als glaubwürdige und handlungsfähige Alternative darzustellen, wird es überhaupt eine Machtperspektive für die Opposition geben. Gelingt dies nicht, so werden die Oppositionsparteien auf lange Sicht nicht viel mehr als belächeltes Schmückwerk in der ugandischen Demokratie sein.